

Subsahara-Afrika - Versuch einer Stabilitätsanalyse (Teil 1)



Subsahara-Afrika - Versuch einer Stabilitätsanalyse (Teil 1)

Martin Pabst

Subsahara-Afrika ist seit dem Ende des Kalten Krieges zu einem Brennpunkt politischer und sozioökonomischer Instabilität wie auch von bewaffneten Konflikten und Kriegen geworden. Zwischen 1948 und 1988 war eine einzige UNO-Mission nach Subsahara-Afrika entsandt worden, die Opération des Nations Unies au Congo (ONUC; 1960-64). Der sich anschließende, halb so lange Zeitraum von 1989-2008 zählt dort bereits 25 Blauhelmissionen, zuzüglich weiterer Friedenseinsätze unter Verantwortung der EU, der Afrikanischen Union (AU), der Westafrikanischen Staatengemeinschaft (ECOWAS) und sonstiger Träger. Auch wenn man berücksichtigt, dass die UNO im Ost-West-Konflikt häufig von den beiden Supermächten blockiert wurde, so belegt dieser Zahlenvergleich doch eindrucksvoll, in welchem Ausmaß bewaffnete Konflikte in Subsahara-Afrika nach dem Ende des Kalten Krieges zugenommen haben.

Sechs von 16 weltweiten UNO-Friedensmissionen waren am 30. November 2008 südlich der Sahara stationiert, mit 53.672 von 75.339 weltweit eingesetzten Blauhelmen (ohne Militärbeobachter). Weitere Belastungen stehen bevor: So wird die Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo (MONUC) um bis zu 2.785 Blauhelme aufgestockt, die EUFOR Tschad/Zentralafrikanische Republik soll 2009 von der UNO übernommen werden, und eine Großmission in Somalia mit geschätzten 27.000 Soldaten und 1.500 Polizisten wird gefordert. 35 von 65 Sicherheitsratsresolutionen im Zeitraum 1.1.-31.12.2008 beschäftigten sich mit Konflikten in Subsahara-Afrika.¹⁾ Da es sich in der Regel nicht um zwischenstaatliche, sondern um innerstaatliche, asymmetrische Konflikte handelt, ist der Friedensprozess komplex. Multidimensionales, kostspieliges und riskantes Peacebuilding über einen langen Zeitraum ist erforderlich. Folgende Friedensmissionen finden derzeit in Subsahara-Afrika statt:²⁾

a) UNO

- MINURCAT (Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad); seit 2007; 44 Militärbeobachter (MB), 235 Polizisten, 565 Zivilisten;
- MONUC (Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo); seit 1999; 17.305 Soldaten/MB, 1.079 Polizisten, 3.708 Zivilisten;
- UNMIL (United Nations Mission in Liberia); seit 2003; 10.982 Soldaten/MB, 1.083 Polizisten, 1.674 Zivilisten;
- UNMIS (United Nations Mission in Sudan); seit 2005; 9.350 Soldaten/MB, 675 Polizisten, 3.469 Zivilisten;
- UNOCI (United Nations Operation in Côte d'Ivoire); seit 2004; 8.020 Soldaten/MB, 1.136 Polizisten, 1.373 Zivilisten;

b) UNO/Afrikanische Union (AU)

- UNAMID (African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur); seit 2007; 9.910 Soldaten/MB, 2.532 Polizisten, 2.410 Zivilisten;

c) Afrikanische Union (AU)

- AMISOM (African Union Mission to Somalia); seit 2007; ca. 2.850 Soldaten;
- MAES (Mission d'assistance électorale et sécuritaire aux Comores de l'Union Africaine); seit 2007; ca. 470 Soldaten;

d) Communauté Economique des Etats de l'Afrique Centrale/Economic Community of Central African States (CEEAC/ECCAS)

- MICOPAX (Mission de consolidation de la paix en Centrafrique); seit 2008; 395 Soldaten, 170 Polizisten;

e) Europäische Union (EU)

- EUFOR Tschad/Zentralafrikanische Republik; seit 2008; 4.069 Soldaten (hinzu kommt die im Dezember 2008 begonnene Anti-Piraterie-Mission EU NAVFOR Somalia; ca. 1.200 Soldaten);

f) Frankreich

- „Licorne“ in der Elfenbeinküste; seit 2002; ca. 1.800 Soldaten.

Die bewaffneten Konflikte in dieser Großregion fordern hohe Opferzahlen. Eine Studie des International Rescue Committee (IRC) ermittelte in der Demokratischen Republik Kongo 5,4 Mio. Todesopfer für den Zeitraum 1998-2007. Davon entfielen nur ca. 10% auf direkte Gewalteinwirkung, der Rest auf Hunger, Epidemien etc.³⁾ Bewaffnete Konflikte lösen in Subsahara-Afrika ungeheure Flüchtlingsbewegungen aus, die Nachbarstaaten destabilisieren können. 2,3 von 11,4 Mio. transnationalen Flüchtlingen entfielen 2007 auf diese Großregion.⁴⁾ Noch stärker ist der Anteil Subsahara-Afrikas bei den Binnenflüchtlings und Binnenvertriebenen: rund 12 Mio. von insgesamt 26 Mio. (2007), davon allein 5,8 Mio. im Sudan.⁵⁾

Nicht nur Kriege oder politische Verfolgung entwurzeln Menschen: Sozioökonomische Perspektivenlosigkeit hat in zahlreichen Ländern südlich der Sahara die Migration in Industriestaaten intensiviert. Der Rückstand ist eklatant, nicht nur bei einem kriegsruinierten Staat wie Sierra Leone, sondern auch bei einem wirtschaftlich vergleichsweise erfolgreichen Staat wie Ghana, wie die nachstehende Zusammenstellung illustriert.

Vergleich ausgewählter Indikatoren					
Staat	BIP (in Mio. USD; 2005)	Analphabetenrate in % (über 15jährige; Ø 1995-2005)	Lebenserwartung bei Geburt (Jahre; 2005)	Bevölkerung unter 15 Jahre in % (2005)	Arbeitslosig in % (gesamt Arbeitskräfte)
Sierra Leone	806	75,2	41,8	42,8	?
Nigeria	1.128	30,9	46,5	44,3	ca. 45-50%
Ghana	2.480	42,1	59,1	39,0	ca. 30% ¹
Algerien	7.062	30,1	71,7	29,6	15,3%**
Deutschland	29.461	—	79,1	14,4	5,8%***
Anmerkungen: *) 2001/Fischer Weltalmanach **) 2003/Fischer Weltalmanach ***) 1996-2005/UNDP ****) 2006/UNDP					
Quelle: UNDP: Human Development Report 2007/08, New York 2007 sowie, wenn angegeben, Der Fischer Weltalmanach 2007, Frankfurt a.M. 2006					

Zwischen 65.000 und 120.000 Menschen ziehen jährlich von Subsahara-Afrika auf dem Landweg in den Maghreb (überwiegend aus vergleichsweise entwickelten Staaten wie Nigeria, Ghana und Senegal). Etwa 25.000-35.000 schaffen es jedes Jahr, von dort mit hohem persönlichem Risiko illegal das Mittelmeer zu überqueren und in die EU zu gelangen. Noch mehr illegale Migranten aus Subsahara-Afrika reisen mit Urlaubs- oder Transitvisa in die EU ein und tauchen dann unter.⁷⁾ Die Zahl der Todesfälle ist erschreckend hoch: Gemäß der Organisation Fortress Europe starben zwischen 1988 und 2007 mindestens 9.383 „boat people“ im Atlantischen Ozean oder Mittelmeer. Auf dem Weg durch die Sahara kamen zwischen 1996 und 2007 mindestens 1.615 Afrikaner um.⁸⁾ Die EU, einzelne Mitgliedstaaten und kooperierende Länder in Nordafrika greifen zu zunehmend rigiden Maßnahmen, um illegale Migration auf dem Seeweg zu unterbinden, respektive angekommene illegale Migranten wieder in ihre Herkunftsländer abzuschicken. Es findet aber auch legale Migration qualifizierter Afrikaner statt, die z.T. gezielt von Industriestaaten angeworben werden. Den Herkunftsländern fehlen diese Menschen beim Aufbau einer ökonomisch aktiven Mittelschicht und eines qualifizierten Beamtentums.

In der ersten Phase nach der Entkolonialisierung (1960-1975) konnte Subsahara-Afrika von der aus der Kolonialzeit übernommenen Substanz (Verwaltung, Infrastruktur, Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen, Grundstoffindustrien), günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und reichlicher Entwicklungs- und Militärhilfe profitieren. Freilich starteten die unabhängigen Staaten mit Hypotheken: schmale Eliten, fehlendes Staatsbewusstsein, von außen oktroyierte Grenzen sowie uneinheitlicher, auf externe Bedürfnisse ausgerichteter Entwicklungsstand. Abgesehen von Staatsstreichen, Putschen, Sezessionsversuchen sowie einsetzenden Befreiungskriegen gegen weiße Minderheitsregimes im südlichen Afrika herrschte vielerorts Stabilität. Die zumeist autoritären Regierungen hielten sich notfalls mit Hilfe der früheren Kolonialmächte, der USA oder der Sowjetunion an der Macht. Im Allgemeinen erlebte Subsahara-Afrika damals Wachstum und Entwicklung, meist in bescheidener Form, in einigen Staaten wie der Elfenbeinküste, Kenia, Rhodesien oder Südafrika auch überproportional. Im Zeitraum 1975-1990 wurde Subsahara-Afrika von regressiver Entwicklung geprägt. Nun herrschten ungünstige weltwirtschaftliche Bedingungen (Ölkrise, Rezession, verfallende Rohstoffpreise). Das Wirtschaftswachstum brach zwischen 1975 und 1985 ein, danach stagnierte es. Zunehmend machten sich die negativen Folgen der Bevölkerungsexplosion bemerkbar. Außerdem wurde Subsahara-Afrika nun verstärkt in den Ost-West-Konflikt einbezogen: Stellvertreterkriege in Angola, Mosambik und Äthiopien führten zur flächendeckenden Zerstörung von Ländern, zur überregionalen Proliferation von Kleinwaffen und zu anwachsenden Flüchtlingsströmen. Der Idealismus der Gründerjahre war verfliegen: Viele afrikanische Regierungen verlegten sich auf Selbstbereicherung und Korruption, anstatt dem Gemeinwohl zu dienen. Angesichts knapper werdender Ressourcen erfolgte eine zunehmende Politisierung von Ethnizität. In vielen Staaten wurden die staatliche Verwaltung, die Infrastruktur, die Bildungs- und Sozialeinrichtungen vernachlässigt. Häufig kontrollierte die Regierung nur noch Schlüsselsektoren wie die Hauptstadt, wichtige Rohstoffvorkommen und Transportrouten - entlegene Regionen wurden ihrem Schicksal überlassen. Damit erfolgte eine an der Peripherie einsetzende, schleichende Erosion von Staatlichkeit. Ein Schlüsselereignis war der erstmalige Sturz einer afrikanischen Regierung durch eine ländliche, bis in die Hauptstadt vorstoßende Widerstandsbewegung: 1988 eroberte die National Resistance Army die Macht in Uganda. Fortdauernde Entwicklungs- und Militärhilfe, gegebenenfalls auch Militärinterventionen früherer Kolonialmächte sorgten jedoch dafür, dass katastrophale Entwicklungen ausblieben.

Die dritte Phase nach Ende des Kalten Krieges (1990-heute) wird von folgenden Entwicklungen gekennzeichnet: fortschreitender Staatsverfall, starke Zunahme asymmetrischer, oft grenzüberschreitender Kriege, polit-kriminelle Bandentätigkeit und Ressourcenplünderung (Warlords), massenhafte Flüchtlingsbewegungen und humanitäre Katastrophen bis hin zu Anarchie und Genozid (Ruanda 1994). Symptomatisch war 1991 der Zusammenbruch Somalias, das seither keine anerkannte Regierung aufweist, von sich behelfenden Milizen und Banden beherrscht wird und die Vernetzung einzelner Landesteile annehmen musste („autonome Republik Puntland“, „unabhängige Republik Somaliland“). Auch viele andere Staaten südlich der Sahara stehen Somalia nicht fern. Der jährliche „Index Gescheiterter Staaten“ von „Foreign Policy“ und „Fund for Peace“ reihte 2008 auf den ersten zehn Plätzen sieben Staaten aus Subsahara-Afrika ein (Somalia, Sudan, Simbabwe, Tschad, Demokratische Republik Kongo, Elfenbeinküste, Zentralafrikanische Republik).⁹⁾

Eine Reihe von Ursachen ist für die Gewalteskalation verantwortlich. Schwindende externe Unterstützung verstärkte in den 1990er-Jahren den innenpolitischen Druck in schwachen Staaten. Subsahara-Afrika war mit dem Ende des Kalten Krieges strategisch wie ökonomisch marginalisiert. Die Welt stand vor neuen Herausforderungen in Ost- und Südosteuropa. Externe Mächte waren nicht mehr willens oder fähig, militärisch wie ökonomisch in Subsahara-Afrika stabilisierend einzugreifen. In bestimmten Fällen trugen sie selbst zur Destabilisierung bei, wie z.B. im Fall der rivalisierenden Einflussmächte Frankreich und USA im Gebiet der zentralafrikanischen Großen Seen. Der Zustand der Sicherheitskräfte hatte sich in vielen Staaten so verschlechtert, dass sie das staatliche Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen konnten. Arno Meinken identifizierte 2005 in einer vergleichenden Studie nur drei subsaharanische Armeen mit vergleichsweise hohen Fähigkeiten, aber auch nennenswerten Defiziten (Angola, Nigeria, Südafrika). Fünf Armeen schrieb er mittlere Fähigkeiten (Äthiopien, Burundi, Eritrea, Ruanda, Uganda), sechs weiteren beschränkte Fähigkeiten zu (Burkina Faso, Ghana, Kenia, Senegal, Simbabwe, Sudan).¹⁰⁾ Die restlichen Armeen wurden als irrelevant oder gar kontraproduktiv bezeichnet. So verfügt Guinea-Bissaus Armee über die drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine, doch ist seit Jahren kein Schiff und kein Flugzeug mehr einsetzbar. Meinken schreibt: „Von Korruption gebeutelt und der Verwahrlosung preisgegeben, entwickelt sich das Militär in fragilen Staaten häufig zu einem gewaltsamen Akteur, der den Verfall staatlicher Institutionen beschleunigt.“¹¹⁾ Die HIV/Aids-Durchseuchung ist unter Soldaten überdurchschnittlich hoch. Afrikanische Staaten pflegen den von der UNO geforderten HIV/Aids-Test bei der Stellung von Soldaten für Blauhelmissionen zu verweigern. Mitunter werden sogar bewusst schwer kranke Soldaten nominiert, da auf die UNO-Entschädigung bei Todesfall im Einsatz spekuliert wird. Das geringe militärische Potenzial dämpft auch die Aussichten für multilaterale afrikanische Konfliktlösung. Die AU ist bemüht, im Rahmen ihrer 2002 beschlossenen „Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur“ eine auf fünf Regionalbrigaden gestützte African Standby Force aufzubauen, die bereits 2010 in der Lage sein soll, komplexe friedensunterstützende Missionen (Einsatzbereitschaft binnen 90 Tagen, der militärischen Komponente binnen 30 Tagen) durchzuführen - später auch Interventionen binnen 14 Tagen bei Genozid oder schweren Menschenrechtsverletzungen.¹²⁾ Ein Blick auf den gegenwärtigen Stand der AU-Planungskapazitäten und der Regionalbrigaden zeigt freilich, dass diese Ziele noch in weiter Ferne liegen, insbesondere in Nord- und Zentralafrika. Auf Seiten der AU ist zwar positives Engagement, aber auch Überschätzung der eigenen Kapazitäten zu konstatieren. Ressourcenmangel, unzureichende Koordination zwischen AU und Regionalorganisationen sowie Defizite in militärischen Schlüsselbereichen hemmen die Umsetzung.

Das internationale Kapital hielt sich nach 1990 mit Investitionen in Subsahara-Afrika zunächst zurück, da politische Risiken, unzureichende

Infrastruktur und Dienstleistungen, geringe Arbeitsproduktivität, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, administrative Hürden sowie Zusatzkosten infolge von HIV/Aids-Durchseuchung und Gewaltkriminalität abschreckend wirken. Wenn Investitionen erfolgten, so handelte es sich vielfach um kurzfristige, spekulative Finanzinvestitionen. Viele Staaten südlich der Sahara wurden von Weltbank und IWF unter ungenügender Berücksichtigung der Verhältnisse vor Ort zu marktwirtschaftlichen Strukturpassungsprogrammen gezwungen, die auf Kosten der bereits geschrumpften Bildungs- und Sozialausgaben durchgeführt wurden. Hinzu kam ein Rückgang der Entwicklungshilfsmittel infolge allgemeiner Hilfsmüdigkeit. Die Folge waren Verarmung und Unzufriedenheit.

Auch wurde insbesondere das östliche und südliche Afrika in den 1990er-Jahren mit den desaströsen Folgen der HIV/Aids-Durchseuchung konfrontiert. 19,1 Mio. von weltweit 27,9 Mio. infizierten 15-49-Jährigen lebten 2007 in Subsahara-Afrika. Spitzenreiter wie Botswana und Swasiland weisen Durchseuchungsraten von rund 25% aller 15-49-Jährigen auf. Die Immunschwächekrankheit schaltet Erwerbstätige in ihrer aktivsten Lebensphase aus. Die Folgen sind ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und Beamten, hohe Belastungen des Gesundheitsbudgets, eine Drosselung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung, der Zerfall von Familienstrukturen und bereits 11,8 Mio. meist ungenügend ausgebildete Aids-Waisen (2008), die ein bevorzugtes Rekrutierungspotenzial für Kriminelle und Rebellen darstellen.¹³⁾ Die vom Westen geforderten und geförderten Demokratisierungsbewegungen konnten sich Anfang der 1990er-Jahre nicht flächendeckend durchsetzen. Mancherorts verstärkten sie noch die Polarisierung der Gesellschaften, z.B. in der Elfenbeinküste oder in Kenia. Als funktionierende Demokratien können 2008 nur elf Staaten südlich der Sahara gelten. 36 Staaten sind entweder offen autokratisch oder „Fassadendemokratien“.¹⁴⁾ Letztlich zählt in weiten Teilen Subsahara-Afrikas noch das Recht des Stärkeren. Anstatt auf Frieden und Stabilität zu setzen, halten viele Regierungen bewusst Konflikte am Leben, um die eigenen exorbitanten Machtbefugnisse zu legitimieren. Auch sind es viele Regierungen gewohnt, Nachbarländer z.B. durch Förderung dortiger Widerstandsbewegungen zu destabilisieren, um von deren Schwäche zu profitieren.

Das Wirtschaftswachstum in Subsahara-Afrika stagnierte bis 1995. Danach führte eine stark gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen zu anhaltenden Zuwachsraten (Gesamtafrika > 5% in 2004-2007). Freilich schafft der Rohstoffsektor vergleichsweise wenige einheimische Arbeitsplätze und setzt geringe landesweite Entwicklungsimpulse. Auch gegenwärtige Boomländer wie Angola und Mosambik sind fragil und von erheblichen strukturellen Defiziten gekennzeichnet (z.B. hohe Arbeitslosigkeit, extrem ungleiche Entwicklung in sozialer wie regionaler Hinsicht). Im UNDP-Index Menschlicher Entwicklung 2007/2008 nehmen sie nur den 162. bzw. 172. Rang von 177 untersuchten Staaten ein. Nur die Inselstaaten Seychellen (Rang 50) und Mauritius (65) stuft dieser Index als „hoch entwickelt“ ein. In die Mittelgruppe (Rang 71-155) schafften es 22 Staaten südlich der Sahara, darunter auf hinteren Plätzen Südafrika (121), Ghana (135) und Kenia (148). Das unterste Segment (156-177) rekrutiert sich ausschließlich(!) aus Subsahara-Afrika, mit dem kriegszerstörten Sierra Leone als weltweitem Schlusslicht. In Konkurrenz zu den traditionellen Wirtschaftspartnern aus Europa und Nordamerika sind seit den 1990er-Jahren China, Indien, Malaysia, Brasilien und andere Wettbewerber getreten, die auch hohe Investitionen vorgenommen haben. Wachsender Rohstoff- und Energiebedarf, die globale Konkurrenz mit Asien, öffentlicher Druck zur Verhinderung weiterer humanitärer Katastrophen sowie die Furcht vor einem Einrücken des internationalen Terrorismus in schwachen oder gescheiterten Staaten haben in den letzten Jahren zu einem wiedererweckten Interesse der USA und Europas an Subsahara-Afrika geführt. Die EU hat 2007 eine „strategische Partnerschaft“ mit Afrika begründet und setzt auf eine multidimensionale Kooperation in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Entwicklung. Große Bedeutung wird der Stärkung multilateraler Organisationen zugemessen (Afrikanische Union und regionale Staatengemeinschaften). Alle gemeinsamen Projekte sind momentan aber bestenfalls in Statu nascendi.

Der rasante Zusammenbruch Simbabwe (ab 2000) und der Elfenbeinküste (ab 2002) sowie die „ethnischen Säuberungen“ in Kenia und die ausländerfeindlichen Pogrome in Südafrika im Jahr 2008 zeigen auf, wie fragil auch scheinbar gefestigte, teildustrialisierte Staaten sind. Zusätzliche Belastungen wird nun die internationale Finanzkrise für Subsahara-Afrika bringen. Zwar können viele dortige Staaten momentan von ihrer geringen Verflechtung mit den internationalen Finanzmärkten profitieren. Doch scheuen ausländische Kapitalgeber nun riskante Investitionen. Bei vielen Rohstoffen (z.B. Rohöl, Industriemetallen und Kupfer) fallen die in der Aufschwungsphase nach oben getriebenen Preise - bei gleichbleibend hohen Preisen für Importlebensmittel. Die starke Aufwertung von Dollar und Yen erschwert außerdem den Schuldendienst, und Entwicklungshilfsmittel der Industrieländer werden spärlicher fließen.

Im Folgenden werden die Stabilitätsrisiken in den verschiedenen Regionen überblicksweise analysiert.

Westafrika

Im Jahr 1975 wurde die Economic Community of West African States (ECOWAS) gegründet, die sich seit den 1990er-Jahren zu einem politischen Staatenzusammenschluss weiterentwickelt hat. Alle 15 westafrikanischen Staaten gehören ihr an. Die Region verfügt damit über eine vergleichsweise gefestigte multilaterale Organisation. ECOWAS baute bereits vor der AU einen Konfliktlösungsmechanismus auf. Auch hat sie die längste Erfahrungen mit Peacekeeping: 1990 wurde ad hoc die Friedensstreitmacht ECOWAS Monitoring Group (ECOMOG) ins Leben gerufen, um in den liberianischen Bürgerkrieg einzugreifen. ECOMOG bildet die Grundlage der ECOWAS Standby Brigade (ECOBRI), des westafrikanischen Beitrags für die im Aufbau befindliche African Standby Force (ASF) der AU. 2010 soll sie einsatzbereit sein, unterteilt in eine ECOWAS Main Brigade (6.500 Soldaten, einsatzbereit in 90 Tagen für 90 Tage) und eine ECOWAS Task Force (2.773 Soldaten, einsatzbereit in 30 Tagen für 90 Tage). Letztere soll zwei Battle Groups für schnelle Krisenreaktion binnen 14 Tagen enthalten. Von den Regionalbrigaden ist die ECOBRIG am weitesten gediehen: Zeitpläne werden eingehalten, Grundlagendokumente sind verabschiedet. Seit 2006 ist das Hauptquartier in Abuja einsatzbereit, ebenso arbeitet dort eine Planungszelle (PLANELM). Ein Frühwarnsystem ECOWARN wird aufgebaut.¹⁵⁾

Frankreich und Großbritannien leisten Unterstützung beim Aufbau von Peacekeeping-Fähigkeiten. Ein Vorzeigeprojekt ist das international unterstützte Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC) für die operative Ebene in Accra (Ghana). In Abuja (Nigeria) ist das Ausbildungszentrum für die strategische, in Bamako (Mali) für die taktische Ebene.

Bei ihren multilateralen Aktivitäten kann die Region auf das ökonomische und militärische Potenzial Nigerias zurückgreifen. So verfügt das ölreiche Land über eine vergleichsweise schlagkräftige und robuste Armee in einer Stärke von 78.500 Mann (2005). Nigerianische Soldaten hatten auch das Rückgrat der ECOMOG gebildet. Die dominante Rolle Nigerias ist freilich Vorzug und Problem zugleich. Denn die frankophonen Staaten und deren Mentor Frankreich misstrauen einem nigerianischen Übergewicht. ECOWAS musste die Rolle der frankophonen (Konkurrenz-)Organisation Union Economique et Monétaire Ouest Africaine (UEMOA) anerkennen. Die avisierte Integration der UEMOA ist bislang nicht fortgeschritten.

Eine konkurrierende, eher lockere Staatengemeinschaft ist die 1988 auf libysche Initiative gegründete Sahel- und Saharagemeinschaft (SinSad) mit 18 Staaten (Ägypten, Benin, Burkina Faso, Dschibuti, Eritrea, Gambia, Libyen, Mali, Marokko, Niger, Nigeria, Senegal, Somalia, Sudan, Togo, Tschad, Tunesien, Zentralafrikanische Republik/ZAR). Als einzige Regionalorganisation verbindet sie Staaten nördlich und südlich der Sahara. Neben ökonomischen Zielen werden als sicherheitspolitische Ziele explizit Konfliktvermittlung und Friedensstiftung genannt. Ende der 1990er-Jahre unternahm sie Vermittlungsinitiativen in den bewaffneten Konflikten zwischen Äthiopien und Eritrea sowie im Südsudan; von 2001-2002 wurde eine von Libyen getragene Militärmission in die ZAR entsandt.

Westafrika teilt sich auf in die dünn besiedelten, tendenziell rohstoffarmen, von veränderlichen klimatischen Bedingungen abhängigen Sahelstaaten sowie in die rohstoffreichen Küstenstaaten. Dort finden sich Agrarprodukte, Tropenholz, Fisch, Gold, Diamanten, Kupfer, Eisenerz, Blei, Phosphate, Bauxit, Kalkgestein, Erdöl und Erdgas. Nigeria verfügt über 3% der weltweiten Erdöl- und über 2,8% der weltweiten Erdgasreserven. In der Sahelzone sind bedeutende Uranvorkommen in Niger zu nennen.

In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde insbesondere die Region Guinea/Sierra Leone/Liberia/Elfenbeinküste Opfer von Ressourcenplünderung durch korrupte Regierungen und nichtstaatliche Akteure (Warlords). Anstelle gutnachbarlicher Beziehungen wurde die systematische Destabilisierung von Nachbarländern zur Regel. Liberia und Sierra Leone wurden durch langjährige, brutale Bürgerkriege um Jahrzehnte zurückgeworfen, und auch der kürzere Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste hat dem teildustrialisierten Vorzeigeland schwer geschadet. Der Wiederaufbau hat in allen drei Ländern gerade erst begonnen. Problematisch ist die durch die Bürgerkriege ausgelöste Ausbreitung von Kriminalität vor dem Hintergrund horrender Arbeitslosigkeit und Bildungsdefiziten. Trotz internationaler Unterstützungsleistungen besteht die Gefahr, dass demilitarisierte Kämpfer in das kriminelle Milieu überwechseln. Auf der Habenseite sind einige tüchtige Akteure wie die liberianische Staatspräsidentin Ellen Johnson-Sirleaf zu nennen, die frühere Leiterin des UNO-Entwicklungsprogramms für Afrika. Doch wird der Wiederaufbau noch viele Jahre benötigen. Die Elfenbeinküste bleibt trotz einer Übergangsregierung der Nationalen Einheit de facto in einen vom Präsidenten kontrollierten Süden und einen von den Rebellen kontrollierten

Norden gespalten. Die für 2008 vorgesehenen Wahlen wurden suspendiert. Ob sie akzeptabel durchgeführt und eine legitimere Regierung an die Macht bringen werden, ist zweifelhaft. Ähnlich wie in der Demokratischen Republik Kongo besteht eine Zweckallianz autokratischer Akteure, die sich auf bewaffnete Kräfte stützen. Das Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm verläuft schleppend. Zivile Parteien ohne bewaffneten Arm haben wenig zu melden. Eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung fragiler Stabilität kommt der französischen Mission „Licorne“ zu.

Mit 20 erfolgreichen gewaltsamen Machtwechseln (1960-2008) führt Westafrika die subsaharanische Putschstatistik klar an. Zuletzt wurden Regierungen in São Tomé und Príncipe (2003), Guinea-Bissau (2003), Mauretanien (2005 und 2008) und Guinea (2008) gestürzt - ungeachtet inzwischen zu erwartender Sanktionen von Seiten der AU und ECOWAS. Die Putschanfälligkeit ist ein Indiz für staatliche Schwäche, das Fehlen einer pluralistischen Kultur und die Ohnmacht der Zivilgesellschaft. „Freedom House“ sieht in der Region drei Staaten auf dem Weg des Scheiterns: die Elfenbeinküste, Guinea und Nigeria.

Die regionale Vormacht Nigeria verfügt mit ihrem 924.000km² großen Territorium, ca. 150 Mio. Einwohnern und reichen Energievorräten über ein großes Potenzial. Doch ist das Schwellenland ein Riese auf tönernen Füßen. Korruption, politische Gewalt, Kriminalität und verfallende Infrastruktur bilden weiterhin massive Hypotheken. Der 2007 mit massiv manipulierten Wahlen an die Macht gekommene Präsident Umaru Musa Yar'Adua hat bisher nicht die erwarteten Impulse gesetzt. In einem Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung wird die gewohnte „gewaltige Kluft zwischen wohlklingender politischer Rhetorik und der traurigen Realität des Alltags“¹⁶⁾ angesprochen. Die Armee ist in internationalen Missionen tätig, doch schafft sie es nicht, im ölreichen Nigerdelta Ruhe und Ordnung herzustellen. Unterstützt durch bestechliche Politiker und Militärs, findet hier eine kaum geregelte Rohstoffausbeutung durch internationale Öl- und Gaskonzerne statt. Anwohner und Banden greifen im Gegenzug zur illegalen Abschöpfung von Rohöl. Rebellenbewegungen wie das Movement for the Emancipation of the Niger Delta (MEND) kämpfen gegen Ausbeutung, sind jedoch selbst in kriminelle Aktivitäten verstrickt und werden von Politikern für Machtkämpfe instrumentalisiert. Anschläge gegen ausländische Firmeneinrichtungen und Schiffe sowie Entführungen ihrer Mitarbeiter sind an der Tagesordnung. Der Volkswirtschaft wird dadurch erheblicher Schaden zugefügt: So ist die nigerianische Ölproduktion infolge der Anschläge momentan um 20% gedrosselt; das Land verlor seinen Rang als größter Ölproduzent südlich der Sahara an Angola. Die Regierung setzt im Nigerdelta bisher eher auf eine (wenig aussichtsreiche) militärische Lösung, als die Übel an der Wurzel zu bekämpfen.

Infolge sozioökonomischer Perspektivlosigkeit und Mobilisierung ethnischer, kultureller oder religiöser Gegensätze (Christentum vs. Islam) kommt es auch in anderen Landesteilen immer wieder zu bewaffneten Zusammenstößen. Nigeria ist, grob gesprochen, in einen christlich-animistischen Süden und einen islam-ischen Norden geteilt, wo in den letzten Jahren in einer Reihe von Bundesstaaten die Scharia eingeführt wurde. Im Norden machen hin und wieder kleine islamistische Gruppen von sich reden, die z.T. Rückhalt an bestimmten Universitäten haben. Zu nennen sind beispielsweise die nigerianischen Taliban, die 2004 im Nordosten eine Serie von Anschlägen durchführten. 2007 zeichneten sie für weitere Auseinandersetzungen verantwortlich. Ihr Rückzugsraum sind die dünn besiedelten und wenig kontrollierten Sahel-Staaten.

Externe Einflüsse infolge Missionierung sind gegeben; eine wirkliche Einbindung Nigerias in den weltweiten Dschihadismus dürfte aber noch nicht erfolgt sein.

Senegal und Gambia müssen die Hypothek einer extrem problematischen kolonialen Grenzziehung verkraften. Das anglophone Gambia wird bis auf die schmale Küstenlinie völlig vom frankophonen Senegal umschlossen. Die südlich von Gambia gelegene senegalesische Casamance-Region fühlt sich gegenüber dem restlichen Senegal benachteiligt und kämpft seit 1990 für Autonomie bzw. Unabhängigkeit. Trotz eines - vage gehaltenen - Friedensabkommens (2001) ist der bewaffnete Separationskonflikt bis heute nicht beigelegt. Umstrittene Grenzziehungen aus der Kolonialzeit werden in Westafrika immer wieder zum Problem, so lieferten sich nigerianische und kamerunische Soldaten in den 1990er-Jahren an der umstrittenen Bakassi-Halbinsel Gefechte. Nach einem internationalen Schiedsspruch trat Nigeria die Halbinsel Bakassi im August 2008 an Kamerun ab. Nun machen pronerianische Widerstandsbewegungen von sich reden, die mit Überfällen auf kamerunische Soldaten und Entführungen von Ausländern gegen die Zession Widerstand leisten. Weitere Grenzstreitigkeiten betreffen Benin/Niger (Insel Itebe), Niger /Libyen (ein Gebietsstreifen im Nordwesten Nigers) und Sierra Leone/Guinea (Ort Yenga). Vor kurzem führte die Ölexploration im Albertsee zu Gefechten zwischen Soldaten Ugandas und der Demokratischen Republik Kongo (umstritten sind die Rukwanzi-Insel und das Semliki-Flusstal). Zu länger dauernden zwischenstaatlichen Kriegen wären die Armeen aber kaum fähig. Zur Verhinderung von Putschen dürfen vielerorts nicht einmal größere Verbände zusammen üben.

Die Sahelstaaten Mauretanien, Mali und Niger sind trotz US-amerikanischer Militärprogramme weiterhin schwach und können entlegene Regionen und Staatsgrenzen kaum kontrollieren. Schmugglernetze sind im Sahelraum traditionell verbreitet und stützen sich auf nomadische Gruppen. Unter diese Aktivitäten fällt heute auch der organisierte Menschen-, Waffen- und Drogenschmuggel (einträgliche Kokainrouten verlaufen von Lateinamerika über Westafrika nach Europa). Im Norden Malis und Nigers haben Tuareggruppen wieder zu den Waffen gegriffen, um größere Zuwendungen von den Zentralregierungen zu erpressen. Die Scharmützel könnten sich zu größeren Bürgerkriegen entwickeln; auch drohen nun Kämpfe zwischen Tuaregs und anderen Ethnien. Die in Algerien mit brutalem Terror aktive Al Qaida des Islamischen Maghreb hat ihren Aktionsraum in den Raum Mauretanien/Nordmali ausgedehnt und seit 2005 eine Reihe blutiger Anschläge gegen Soldaten und Ausländer in Mauretanien verübt.

In einigen Staaten halten sich autokratische Herrscher seit langer Zeit an der Macht und stützen sich auf die Sicherheitskräfte und auf privilegierte ethnische Gruppen. In Guinea übernahmen regimekritische junge Offiziere im Dezember 2008 die Macht, als der seit 1984 regierende Präsident Lansana Conté starb. Burkina Faso (Blaise Compaoré: Putsch 1987) und Gambia (Yahya Jammeh: Putsch 1994) sind beim Tod der Präsidenten ebenfalls von Staatsstreichen, Putschen oder bewaffneten Auseinandersetzungen bedroht.

In Togo wurde 2005 ein Abgleiten in den Bürgerkrieg nach dem Tod des langjährigen Diktators Gnassingbé Eyadéma durch entschiedene internationale Interventionen, auch von Seiten der ECOWAS, verhindert. Zunächst wurde Eyadémas Sohn Faure Gnassingbé unter Missachtung der Verfassung zum neuen Präsidenten ernannt. Zusammenstöße zwischen Regierung und oppositionellen Demonstranten forderten Hunderte Tote. Die nachfolgenden umstrittenen Präsidentschaftswahlen bestätigten Faure Gnassingbé im Amt. Doch ernannte er einen Vertreter der Opposition zum Premierminister und steuert seither einen Reform- und Versöhnungskurs. Sein Bruder und Verteidigungsminister Kpatcha Gnassingbé, der verschiedene Zweige der Wirtschaft kontrolliert und als Hardliner gilt, setzte sich mit seiner Linie nicht durch. Der innertogische Dialog wurde 2006 mit einem Abkommen aller politischen Kräfte beendet. 2007 fanden vergleichsweise korrekte Parlamentswahlen statt.

Als stabil können nur die demokratisch verfassten und wirtschaftlich erfolgreichen Staaten Benin, Ghana und die Kapverdischen Inseln gelten - ohne den Casamance-Konflikt könnte auch der demokratische Senegal in diese Liga aufsteigen. Dort unterhält Frankreich einen dauerhaften Truppenstützpunkt (1.800 Mann). Hingegen will Frankreich seine Präsenz in der Elfenbeinküste (1.200 Mann im Rahmen der Friedensmission Licorne) gerne beenden, wenn die Lage dies erlauben sollte. Vor der Küste besteht seit 1990 die französische Marineoperation Corymbe (100 Mann). Auch die U.S. Navy ist hier verstärkt präsent und sucht die Fähigkeiten von Anliegerstaaten zum Schutz vor Schmuggel, Piraterie und Terrorismus mit Hilfe von Ausbildungs-, Übungs- und Trainingsprogrammen zu stärken.

Der National Energy Policy Report (2001) und die National Security Strategy of the USA (2002) haben den Fokus der US-Politik auf Westafrika gelenkt. Die US-Ölimporte aus dieser Region sollen von 14% (2000) auf 25% (2015) und mehr zunehmen und den Arabischen/Persischen Golf als Bezugsquelle überflügeln. Durch enge sicherheitspolitische und wirtschaftliche Kooperation mit Staaten in der Region soll verhindert werden, dass sich internationale Terroristen in schwachen Staaten einnisten können. Die USA streben keine dauerhafte Militärpräsenz in der Region an. Mit Ghana, Mali, São Tomé und Príncipe, Sierra Leone sowie dem zentralafrikanischen Gabun wurden Verträge über eine mögliche Nutzung von Stützpunkten unterzeichnet (Strategie der Forward Operating Locations). Diese Ad-hoc-Basen werden für die Bedürfnisse der US-Streitkräfte aufgerüstet und im Rahmen von Übungen getestet.¹⁷⁾

Positiv ist zu vermerken, dass die Zahl bewaffneter Konflikte in Westafrika in den letzten Jahren zurückgegangen ist. 2002 erfolgten Friedensschlüsse in Liberia und Sierra Leone, 2003 in der Elfenbeinküste. In Sierra Leone konnte die UNO-Mission die Verantwortung 2005 an die nationalen Politiker und Militärs übertragen. Doch bedeutet die Abwesenheit von Krieg noch nicht Frieden. Entscheidende Bedeutung kommt dem Weg der größten Wirtschafts- und Militärmacht Nigeria zu. Nur wenn es seine mannigfaltigen Probleme überwindet, kann eine dauerhafte Stabilisierung der Region gelingen.

Zentralafrika

In Zentralafrika ist die regionale Integration am wenigsten fortgeschritten. Die 1994 ins Leben gerufene Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (CEMAC), bestehend aus den Staaten Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Tschad und ZAR, steht in Konkurrenz zur bereits 1983 gegründeten, bisher sehr lockeren und räumlich weit gefassten Communauté Economique des Etats de l'Afrique Centrale/Economic Community of Central African States (CEEAC/ECCAS) mit den Mitgliedern Angola, Äquatorialguinea, Burundi, Gabun, Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Tschad und ZAR. Hinzu kommt die Sahel- und Saharagemeinschaft (SinSad), wo aus Zentralafrika die Staaten Tschad und ZAR Mitglied sind.¹⁸⁾

Ein Sicherheitspakt und eine regionale Architektur für Frieden- und Sicherheit (Council for Peace and Security in Central Africa/COPAX) traten in Kraft. Die CEMAC hat von 1997-98 und 2002-08 Friedensmissionen in die von Bürgerkriegen und Putschen erschütterte ZAR entsandt. Sicherheitspolitische Aufgaben im Rahmen der „Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur“ der AU erfüllt nun die CEEAC/ECCAS, die 2008 die Friedensmission in der ZAR übernommen hat. Die mit französischer Unterstützung im Aufbau befindliche Force Multinationale de l'Afrique Centrale (FOMAC) ist gegenüber den Standby-Brigaden der anderen Regionalorganisationen aber stark im Verzug. Planungsstelle und Hauptquartier sollen in der gabunischen Hauptstadt Libreville eingerichtet werden. In diesem Land hat Frankreich dauerhaft Truppen stationiert; es leistet durch Material- und Ausbildungshilfe entscheidende Unterstützung.¹⁹⁾

Im Rahmen des Projekts African Standby Force (ASF) ist Angola, Mitglied der CEEAC/ECCAS und der Southern African Development Community (SADC), sowohl bei der FOMAC wie bei der SADC Standby Brigade (SADCBRIG) angemeldet. Eine solche Verzettlung der Kräfte ist nicht hilfreich. Auf die militärisch starken Doppelmitglieder von CEEAC/ECCAS und East African Community (EAC) Burundi und Ruanda kann die FOMAC nicht zählen: Sie haben sich für die East African Standby Brigade (EASBRIG) entschieden.

Problematisch ist das Fehlen einer regionalen Führungsmacht. Der Demokratischen Republik Kongo würde aufgrund ihrer Größe (2,3 Mio. km²), ihrer Einwohnerzahl (rund 60 Mio.) und ihres Rohstoffreichtums (Diamanten, Erdöl, Kupfer, Kobalt, Uran u.a.) diese Rolle zukommen, doch ist das Land durch ein Jahrzehnt Bürgerkrieg völlig destabilisiert und orientiert sich darüber hinaus politisch und wirtschaftlich eher nach Süden: 1997 trat es der SADC bei, ohne allerdings die CEEAC/ECCAS zu verlassen. Kinshasa will aber am Aufbau der FOMAC mitwirken.

Trotz des Waffenstillstandsabkommens von Lusaka (1999) und des Friedensabkommens von Pretoria (2002) finden die Bürgerkriege in der DR Kongo kein Ende. Zwar haben 2006 mit Hilfe einer befristeten EU-Militärmission internationale überwachte Wahlen stattgefunden, doch eine wirkliche Siegchance hatte nicht die zivile Opposition, sondern nur die erst kurz zuvor zu Politikern und Parteien mutierten Kriegsherren und Milizen. Unter diese Klientel fällt auch der in der Wahl bestätigte Staatspräsident Joseph Kabila. Die Wahlen waren allenfalls ein Hoffnungsschimmer, nicht der von europäischen Politikern in völliger Verkennerung der wirklichen Lage ausgerufene Beginn von Frieden und Demokratie. Die Etablierung effizienter und respektierter staatlicher Institutionen ist bis heute nicht gelungen. Problematisch ist v.a., dass die Schaffung einer vereinigten Nationalarmee in den Anfängen stecken geblieben ist. Im Ostkongo mit seinen vielen widerstreitenden Interessengruppen sind die Militärs infolge geringer Kampfkraft, Parteilichkeit, Korruption und Menschenrechtsverletzungen nicht ein Teil der Lösung, sondern ein Teil des Problems. Die Regierungssoldaten werden von der Bevölkerung gefürchtet und genießen keinerlei Respekt. Friedensstörer wie die brutal agierenden exilruandesischen Hutu-Milizen oder die mit diesen verfeindete Tutsi-Miliz von Laurent Nkunda wurden bisher nicht aufgelöst. Nachbarstaaten wie Ruanda verfolgen weiterhin eigene Interessen im Ostkongo und leisten verdeckte militärische Unterstützung. Wie die jüngste Gewalteskalation illustriert, ist die MONUC trotz ihrer 16.587 Blauhelme (der größten Zahl weltweit) nicht in der Lage, die Zivilbevölkerung zu schützen. Auch andere Landesteile wie z.B. die südöstliche Region Katanga sind fragil. Anstatt Stabilitätsanker und Entwicklungsmotor zu sein, bleibt die Demokratische Republik Kongo eine Konfliktdrehscheibe mit negativer Ausstrahlung auf die Nachbarländer.

Küstenstaaten wie Kamerun, Äquatorialguinea, Gabun und die Republik Kongo verfügen über reiche Ölvorkommen, wovon die Masse der Einwohner bislang aber nur wenig profitiert hat. Diese Staaten zählen gleichzeitig zu den korruptesten in ganz Subsahara-Afrika. Die Staaten im Landesinneren sind gering entwickelt und von einzelnen Ressourcen abhängig, wie z.B. Erdöl und Baumwolle (Tschad) bzw. Kaffee und Tropenholz (ZAR). Ein Nationalbewusstsein ist kaum entwickelt - so stellt die ZAR kaum mehr dar als die territoriale Zusammenfassung der letzten weißen Flecken im Herzen Afrikas zum Höhepunkt des europäischen Imperialismus. Im Tschad begann 2004 der Ölexport; hierfür legten US-Firmen mit großem finanziellem Aufwand eine Pipeline nach Kamerun an. Auch in Äquatorialguinea sind US-Ölfirmen stark präsent; hier verfolgt Washington auch militärstrategische Ziele.

„Freedom House“ erkennt keinen einzigen demokratischen Staat in Zentralafrika. Der französische Einfluss ist in dieser Region besonders stark, da es sich weitgehend um ehemalige französische Kolonien handelt. Wie auch im Fall der frankophonen Staaten in Westafrika, wird über vielfältige politische, militärische, wirtschaftliche, monetäre (CFA-Franc) und kulturelle Verbindungen eine enge Anbindung an Paris sichergestellt. Zu Gunsten seiner strategischen und ökonomischen Interessen stützt Frankreich in Zentralafrika autokratische und korrupte Regierungen. Sein Einfluss ist hier noch dominanter als in Westafrika. Französische Botschafter treten in Zentralafrika eher wie Gouverneure als wie Diplomaten auf.

Im östlichen Gabun unterhält Paris einen dauerhaften Militärstützpunkt (980 Mann). Auch in der ZAR (200 Mann) und im Tschad (1.150 Mann) sind momentan französische Soldaten stationiert. Letzteres Land ist für Paris besonders bedeutsam, dient der Flughafen N'djamena doch als strategische Drehscheibe zwischen den französischen Militärstützpunkten in Senegal, Gabun, Dschibuti und - neuerdings - Abu Dhabi. Innenpolitische Spannungen in seinem zentralafrikanischen „Hinterhof“ unterdrückte Frankreich immer wieder durch Militärinterventionen, mitunter organisierte Paris sogar selbst Putsche (so 1979 in der ZAR). Die jüngsten Ereignisse im Tschad zeigen freilich, dass Frankreichs Einfluss und Ressourcen nicht mehr ausreichen. Auch treten die frankophilen afrikanischen Eliten in Subsahara-Afrika allmählich in den Hintergrund, und die Ausschreitungen gegen französische Staatsbürger in der Elfenbeinküste (2004) offenbaren eine zunehmend militante Frankreichfeindlichkeit unter Jugendlichen. Auf Wunsch von Paris wurde 2008 im östlichen Tschad und in der nordöstlichen ZAR zusätzlich eine EU-Truppe stationiert, die 2009 von UNO-Blauhelmen abgelöst werden soll.

Besonders ausgeprägt ist in Zentralafrika das Sukzessionsrisiko: Äquatorialguinea (Obiang Nguema: Putsch 1979), Gabun (Omar Bongo: Ernennung 1967), Kamerun (Paul Biya: Ernennung 1982), Tschad (Idris Déby: Putsch 1990). In Kamerun machen sich bereits Erosionserscheinungen im überalterten Regime Biya bemerkbar: Höhere Lebensmittel- und Transportpreise lösten 2008 massive regierungsfeindliche Unruhen aus.

Alle Staaten der Region sind extrem fragil. In der afrikanischen Putschstatistik liegt Zentralafrika an zweiter Stelle (letzter erfolgreicher Umsturz 2003 in der ZAR). Herrschende Eliten stützen sich exklusiv auf schmale Segmente der Bevölkerung und auf die Sicherheitskräfte - besser finanziert und ausgebildet als die Armeen sind bezeichnenderweise in vielen Ländern die direkt dem Präsidenten unterstehenden Gendarmen. Marginalisierte Landesteile haben der Regierung die Gefolgschaft aufgekündigt, organisieren selbst ihr Überleben und unterstützen mitunter Rebellenbewegungen.

Bürgerkriege haben seit den 1960er-Jahren wiederholt die Demokratische Republik Kongo und den Tschad erschüttert, seit den 1990er-Jahren auch die Republik Kongo und die ZAR. Friedenslösungen erwiesen sich nicht als haltbar und führten zu keiner landesweit akzeptablen Neuverteilung der Macht und der Ressourcen. In der Demokratischen Republik Kongo, in der ZAR und im Tschad sind die Bürgerkriege in den letzten Jahren wieder aufgeflammt. Der tschadische Diktator Déby steht unter erheblichem Druck. Zweimal (2006 und 2008) gelang es den Rebellen, bis in die Hauptstadt N'djamena vorzustoßen; nur mit französischer militärischer Unterstützung konnte der Sturz der Regierung abgewehrt werden. Der Bürgerkrieg im Tschad ist inzwischen eng mit dem eskalierenden Darfur-Bürgerkrieg vernetzt. Regionale Machtinteressen spielen im Tschad traditionell eine große Rolle, von Seiten des Sudans, aber auch Libyens, das bis 1994 den Aouzou-Streifen beanspruchte und auch weiterhin Einfluss im strategisch bedeutsamen Tschad und damit in der Sahelzone zu gewinnen sucht. Territorialstreitigkeiten schwelen außerdem zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Sambia (Lunchinda-Pweto-Dreieck) sowie zwischen Gabun und Äquatorialguinea (Insel Mbane).

Zentralafrika ist eine durchgehend instabile Region. Sowohl bürgerkriegsgeschüttelte Staaten wie die beiden Kongo-Republiken, der Tschad, die ZAR als auch vermeintlich stabile, überalterte Autokratien wie Äquatorial-Guinea, Gabun, Kamerun bilden Stabilitätsrisiken ersten Ranges. Ein kurzfristiges Patentrezept ist nicht in Sicht. Momentan kann man allenfalls auf temporäre Schadensbegrenzung durch energische militärische Intervention bei eskalierenden Entwicklungen setzen. Ob eine Kombination aus politischem/finanziellem Druck und Beratung langfristig zu Institutionenbildung und besserer Regierungsführung beitragen kann, bleibt abzuwarten.



ANMERKUNGEN:

- 1) Siehe United Nations Peacekeeping. Internet-Dokument: <http://www.un.org/Depts/dpko/dpko> (Zugriff 9.1.2009).
- 2) Quellen: United Nations Peacekeeping - Fact and Figures (Stand 30.11.2008) bzw. Université de Montréal: Opérations de paix - Opérations en cours (Stand Ende 2008). Internet-Dokumente: <http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/bnote.htm> bzw. http://www.operationspaix.net/spip.php?page=op_cours (Zugriff 9.1.2008)
- 3) International Rescue Committee: Mortality in the Democratic Republic of Congo: An Ongoing Crisis. New York 2008.
- 4) UNHCR: 2007 Global Trends: Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons, Genf, Juni 2008.
- 5) Internal Displacement Monitoring Centre/Norwegian Refugee Council: Internal Displacement. Global Overview of Trends and Developments in 2007, Genf, April 2008.
- 6) Quelle: UNDP: Human Development Report 2007/2008, New York 2007 sowie, wenn angegeben, Der Fischer Weltatmanach 2007, Frankfurt a.M. 2006.
- 7) Hein de Haas: The myth of invasion. Irregular migration from West Africa to the Maghreb and the European Union. International Migration Institute research report, Oxford, Oktober 2007.
- 8) Gabriele del Grande: Festung Europa. Fortress Europe, 2007. Internet-Dokument: <http://fortresseurope.blogspot.com/2006/01/festung-europa.html> (Zugriff 16.11.2008).
- 9) Grundlage der Erhebung sind zwölf politische, ökonomische, militärische und soziale Indikatoren für Instabilität. (Foreign Policy: The Failed States Index 2008. Internet-Dokument: http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4350 (Zugriff 22.10.2008).
- 10) Arno Meinken: Militärische Kapazitäten und Fähigkeiten afrikanischer Staaten. Ursachen und Wirkungen militärischer Ineffektivität in Subsahara-Afrika. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 2005/S.4, Berlin, Februar 2005.
- 11) Ebd., S.6.
- 12) Martin Pabst: Chancen und Hemmnisse der „Afrikanischen Sicherheitsarchitektur“, Europäische Sicherheit. Politik. Streitkräfte. Wirtschaft. Technik, Hamburg 55 (2006), No. 5, S.9-13.
- 13) UNAIDS: 2007 AIDS epidemic update, Genf 19.11.2007.
- 14) Gemäß der Klassifikation von Freedom House: Freedom in the World 2008. Report, Washington 2008. Internet-Dokument: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2008> (Zugriff 29.10.2008).
- 15) Wolf Kinzel: Die African Standby Force der Afrikanischen Union. Ehrgeizige Pläne, große regionale Disparitäten: eine Zwischenbilanz. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie S.21, Berlin, Juni 2008, S.13-16; Jakkie Cilliers: The African Standby Force. An update on progress. Institute for Security Studies, ISS Paper 160, Pretoria (Südafrika), März 2008, S. 13f.
- 16) Friedrich Roll: „BABA GO-SLOW“. Im zweiten Jahr seiner Amtszeit wächst die Ungeduld mit Nigerias Präsident Yar'Adua. Friedrich-Ebert-Stiftung, Hintergrundinformationen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Bonn, 20.9.2008, S.8.
- 17) Martin Pabst: External Interests in West Africa. In: Walter Feichtinger/Gerald Hainzl (Hrsg.), Sorting Out the Mess, Wars, Conflicts, and Conflict Management in West Africa. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 10/2007, Wien 2007, S.37-68.
- 18) Martin Pabst: Ansätze zu Konfliktmanagement und Konfliktbewältigung. In: Walter Feichtinger (Hrsg.): Afrika im Blickfeld. Kriege – Krisen – Perspektiven. Tagungsband des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, Wien, Baden-Baden 2004, S. 36-42
- 19) Kinzel (wie Anm. 15), S.21; Cilliers (wie Anm. 15), S.15f.